

Buchbesprechungen

Pull, Kerstin: Übertarifliche Entlohnung und freiwillige betriebliche Leistungen. Personalpolitische Selbstregulierung als implizite Verhandlung. International vergleichende Schriften zur Personalökonomie und Arbeitspolitik, hrsg. von Rolf Birk und Dieter Sadowski, Band 2, Rainer Hampp Verlag, München und Mering 1996, 247 S.

Überraschend ist es zunächst schon, daß bei der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland und den Klagen von Unternehmensseite über zu hohe Lohnkosten, viele Unternehmen übertariflich entlohnen und freiwillige betriebliche Sozialleistungen erbringen.

Legt man die 1996 durchgeführte Betriebserhebung des IAB-Betriebspanels zugrunde, bezahlten in den alten Bundesländern 47 % und in den neuen Bundesländern 15 % der Betriebe Löhne und Gehälter oberhalb des Tariflohnlevels, wobei im Durchschnitt der übertariflich entlohnenden Betriebe in den alten Bundesländern die Lohnspanne 10,7 % und in den neuen Bundesländern 12,4 % beträgt. Das IAB-Betriebspanel wurde 1996 erstmals in den neuen Ländern erhoben, so daß insofern kein zeitlicher Vergleich möglich ist. Für die alten Bundesländer betrug der Anteil der Betriebe, die 1993 höhere Löhne und Gehälter gezahlt haben als tarifvertraglich vereinbart, 57 %. Im Durchschnitt belief sich 1993 die Lohnspanne in den alten Ländern auf 13,4 %. Der Anteil der übertariflich entlohnenden Betriebe und die Lohnspanne sind also in den alten Bundesländern gesunken. Die entscheidende Frage ist aber folgende: Warum überbieten Unternehmer, die im Wettbewerb stehen, freiwillig das tarifvertraglich vereinbarte Lohnniveau?

Die Autorin wählt ein Modell impliziter, d. h. nicht tatsächlich stattfindender Verhandlungen auf betrieblicher Ebene zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern. Diese Verhandlungen unterliegen den gleichen Bedingungen wie explizite Verhandlungen, so daß die gleichen Bestimmungsfaktoren Gültigkeit besitzen. Es wird also ein spieltheoretisches Verhandlungsmodell nicht auf Verhandlungen zwischen verschiedenen Partnern, sondern auf eine Situation angewendet, in der ein einzelner Entscheider mehrere Ziele zugleich verfolgt und diese gegeneinander abwägt. Dadurch entsteht eine das Gewinnmaximierungskalkül des Arbeitgebers beschränkende Nebenbedingung. Daraus lassen sich Implikationen über das Zustandekommen eines freiwilligen Mehr an Leistungen auf Betriebsebene ableiten und die empirisch ermittelten Unterschiede zwischen den Betrieben erklären: Die Gewährung übertariflicher Leistungen hängt ab sowohl von unternehmensspezifischen Faktoren wie der Arbeitsintensität, dem Ausmaß beziehungsspezifischer Investitionen als auch vom Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt und von institutionellen Einflüssen, wie der Verhandlungsmacht des Betriebsrates und der Ebene, auf der die Lohnverhandlungen stattfinden.

Die Studie ist insofern innovativ, als sie ein explizites Verhandlungsmodell auf einseitige Arbeitgeberentscheidungen überträgt. Besonders attraktiv an diesem Ansatz ist die Tatsache, daß die in verschiedenen Studien belegten Befunde zu den Einflußfaktoren der übertariflichen Entlohnung mit Hilfe eines *einzigen* Modells erklärt

werden können. Die Wirkung der Einflußfaktoren kann dabei – was bemerkenswert ist – unabhängig von der Rolle des Betriebsrates abgeleitet werden. Die entwickelten Modellimplikationen stehen nicht nur im Einklang mit den stilisierten Fakten des Arbeitsmarktes, sondern werden auch mit den Daten der am Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Gemeinschaft durchgeführten Befragung von 82 Unternehmen aus vier Ländern (Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Luxemburg) zumindest ansatzweise empirisch überprüft.

Neben der Bezahlung übertariflicher Löhne und Gehälter lassen sich betriebliche Sozialleistungen mit dem theoretischen Ansatz untersuchen. Darüber hinaus werden die Forderungen nach größerer Betriebsnähe der Tarifpolitik und die vielfach diskutierte Einführung von Öffnungsklauseln in Tarifverträgen in einem anderen Licht gesehen. Die Verlagerung von Verhandlungen von der Branchen- auf die Betriebsebene führt – den Modellimplikationen zufolge – nicht nur zu einem Schutz der Grenzbetriebe, sondern auch zu einer Verringerung des Arbeitnehmer-Konfliktnutzens und entsprechender Konsequenzen für die betriebliche Lohn- und Sozialleistungspolitik. „Schneeballeffekte“ bei der Kürzung freiwilliger betrieblicher Sozialleistungen in den Jahren 1993 und 1994 lassen sich ebenfalls mit der Verringerung des Arbeitnehmer-Konfliktnutzens, der durch die jeweiligen Alternativen des einzelnen Arbeitnehmers zur Beschäftigung auf seinen gegenwärtigen Arbeitsplatz bestimmt wird, erklären.

Die Lektüre der Studie ist allen an der sich auch in Deutschland entwickelnden „Industrial Relations“ Interessierten zu empfehlen. Der Rezensent hat ein Personen- und Sachwortregister vermißt.

Lutz Bellmann, Nürnberg

Zimmermann, Horst: Wohlfahrtsstaat zwischen Wachstum und Verteilung. Zu einem grundlegenden Konflikt in Hocheinkommensländern. Verlag Franz Vahlen, München 1996, XIV, 172 S. (mit Personen- und Sachwortregister).

Deutschland gehört mit zu den europäischen Wohlfahrtsstaaten. Typisch für diese ist ein im Weltmaßstab hohes Einkommen und ein dementsprechendes Wachstum einerseits und umfangreiche Transferleistungen andererseits (S. 1 ff.). Die sich abzeichnende Verschiebung der Gewichte im internationalen Wettbewerb macht besondere Anstrengungen nötig, um die Position im Pro-Kopf-Einkommen zu halten. Eine effiziente Nutzung der dazu erforderlichen Ressourcen ist indessen schon seit geraumer Zeit nicht mehr gegeben. Den Grund dafür sieht *Zimmermann* in der strukturellen Benachteiligung des Wachstumsziels gegenüber dem Verteilungsziel (S. 5). Damit ist die entscheidende These genannt, die der Verfasser zum Aufhänger seines überaus interessanten Beitrags macht, den er in drei Teilen entfaltet.

Im *Ersten Teil* beleuchtet *Zimmermann* den Konflikt zwischen Wachstum und Verteilung. Ursächlich für die strukturelle Benachteiligung des Wachstumsziels ist die Ergebnisorientierung der Verteilungspolitik, die den politischen Entscheidungsträgern kurzfristige Politikerfolge ermöglicht (S. 12). Demgegenüber sind prozeßorientierte Ziele, wie das Wachstumsziel, dadurch gekennzeichnet, daß eingeleitete Maßnahmen erst langfristig wirken, daß viele Akteure mitwirken und daß weitere Einflüsse einwirken, so daß letztlich nicht genau nachzuweisen ist, „welche Rolle die wachstumspolitische Initiative selbst und damit der Initiator gespielt hat“ (S. 12). Hinzu tritt einerseits ein „*Sperrklinkeneffekt der Verteilungspolitik*“, d. h., es ist zwar leicht, Verteilungsausgaben auszudehnen, aber unter den Bedingungen der

Massendemokratie kaum möglich, sie auch nur geringfügig zu reduzieren (S. 15). Andererseits sind die langfristig wirkenden und in ihren Ergebnissen nicht genau zuzurechnenden wachstumsfördernden Maßnahmen ständig der Gefahr der „*schleichenden Erosion*“ ausgesetzt, um etwaigen Anpassungshärten zu entgehen (S. 15 ff.). Es liegt auf der Hand, daß sich der *Sperrklinkeneffekt der Verteilungspolitik* und die *Erosion wachstumspolitischer Maßnahmen* zu einer negativen Gesamtwirkung verbinden, die schließlich beide Ziele tangiert (S. 17 ff.). Dem Autor liegt deshalb daran, die Bereiche der Harmonie beider Ziele herauszuarbeiten: Harmonie ergibt sich in jenem Überschneidungsbereich, in dem die *Umverteilung als Wachstumsvoraussetzung* wirkt, *Wachstum* zugleich aber auch als *Verteilungsvoraussetzung* zu identifizieren ist (S. 20 ff.).

Weil dieser Harmoniebereich durch die bereits länger andauernde Benachteiligung des Wachstumsziels verletzt ist, beschäftigt sich Zimmermann im *Zweiten Teil* mit der Notwendigkeit und den Möglichkeiten für eine „*Wachstumsverträgliche Verteilungspolitik*“. Nach einem Blick auf die historische Entwicklung stellt er Erwägungen über das zukünftige Gewicht des Verteilungsziels an, um sich dann ausführlich mit den Wachstumsdeterminanten und den Möglichkeiten einer wachstumsfreundlichen Verteilungspolitik am Beispiel der Finanzpolitik auseinanderzusetzen. Dem Verfasser gelingt es, neue Ansätze ohne jeden Abstrich an wissenschaftlicher Präzision verständlich darzustellen und auf die aktuelle Situation in der Bundesrepublik Deutschland zu beziehen. So arbeitet er die Notwendigkeit einer stärkeren *Äquivalenzfinanzierung* heraus (S. 116 f.), um das Phänomen, daß die Mittelklasse die Verteilungsleistungen oftmals an sich selbst bezahlt, wovon freilich „discentive“ Effekte auf das Wachstumsziel ausgehen, einzudämmen (S. 90 ff.). Leider ist für die Pflegeversicherung eine „wachstumsschädliche Lösung gewählt“ worden, und es ist versäumt worden, die Diskussion um ihre Einführung dazu zu nutzen, eine bessere „Verträglichkeit von Verteilung und Wachstum“ zu erreichen (S. 119).

Der Verfasser bleibt jedoch nicht bei diesen Ausführungen stehen, sondern bezieht richtigerweise im *Dritten Teil* „Die regionale Dimension des Konflikts“ mit ein, indem er vor allem den Finanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland kritisch beleuchtet. Auch hier ist festzustellen, daß im Zeitablauf die Umverteilungseffekte zugenommen und die das Wachstum fördernden Effekte, darunter ist vor allem die Erhaltung des föderativen Gehalts im Staatsaufbau zu verstehen, abgenommen haben (S. 146). Die Konsequenz kann also nur sein, das sog. Konnexitätsprinzip nach Art. 104 a GG, das Aufgaben und Ausgaben verbindet, um die selbstverantwortliche Einnahmengestaltung zu ergänzen (S. 147). Hier ist insbesondere an die Länder zu denken; es ist in der Tat kaum verständlich, warum sie nach Art. 105 GG fast keine Steuergesetzgebungskompetenz haben (S. 148). Hinzu kommen muß ein Abbau der zu weitgehenden Nivellierung im Länderfinanzausgleich.

Dem Verfasser ist auf hohem Niveau eine hervorragende Darstellung der Zusammenhänge zwischen Wachstum und Verteilung im modernen Wohlfahrtsstaat gelungen. Er hat in verständlicher und klarer Sprache die Notwendigkeit aufgezeigt, sich wieder dem Harmoniebereich beider Ziele zu nähern, um im Zeitalter der Globalisierung bestehen zu können. Der Leser hätte sich freilich noch ein zusammenfassendes Schlußkapitel und einen Ausblick auf konkrete Handlungsvorschläge gewünscht, die die politischen Bedingungen mit berücksichtigen. Das letzte mag als Anregung für eine weiterführende Analyse verstanden werden. Dessen ungeachtet ist der Arbeit von Zimmermann eine weite Verbreitung nicht nur im Hochschulbereich, sondern bei allen politisch und wirtschaftlich Interessierten zu wünschen.

Siegfried F. Franke, Stuttgart